

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Kontordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Kontordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

## Winke für Kriegsbeschädigte.

Wir haben früher schon die Bestrebungen dargestellt, die darauf abzielen, den Kriegsbeschädigten durch ein gründliches Heilverfahren die Arbeitsfähigkeit im größtmöglichen Grade wiederzugeben und ihnen — eventl. unter Zuhilfenahme künstlicher Gliedmaßen — Gelegenheit zu bieten, sich im alten Beruf wieder einzuarbeiten und fortzubilden oder — falls sich die Notwendigkeit hierfür herausstellt — einen neuen Beruf zu erlernen.

Diese Bestrebungen begegnen nun hier und da bei den Kriegsbeschädigten einem gewissen Mißtrauen. Bektere befürchten durch sie in ihren Versorgungsansprüchen beeinträchtigt zu werden. Sie glauben die Berufsberatung oder Berufsschulung habe nur den Zweck, der Militärbehörde Gelegenheit zur Kürzung der Rente zu geben. Diese Auffassung kann man verstehen, wenn man sich die Erfahrungen vergegenwärtigt, die die Arbeiter in all den Jahren mit den Unfall-Berufsgenossenschaften gemacht haben. Die von diesen vielfach geübte „Rentenquetsche“ ist zu einem guten Teil Schuld an den Vorkürzungen, mit denen die Kriegsbeschädigten für ihre Kämpfe bestraft sind. Unsere Aufgabe muß es nun sein, diese Vorurteile, die glücklicherweise nicht berechtigt sind, durch entsprechende Aufklärung zu beseitigen; den Kriegsbeschädigten klar zu machen, daß die Bemühungen, ihnen die Erwerbsfähigkeit im größtmöglichen Maße wiederzugeben, der Sorge um ihr persönliches Wohl, um ihr späteres Fortkommen entspringen.

Mit Recht wird in einem im Oktober 1915 erlassenen Aufruf der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gesagt:

Die Hilfe der Fürsorgestellen und der Berufsberater, sei es bei Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihrer früheren Arbeitsstelle, in ihrem früheren Beruf oder bei Erlernung eines neuen Berufs, erfolgt nicht, um eine Kürzung der Rente herbeizuführen, sondern dem Hilfsbedürftigen das Dasein zu erleichtern. Dafür, daß den Kriegsbeschädigten aus den Kreisen ihrer Arbeitsgenossen geeignete Berufsberatung zuteil werden kann, ist Vorzueg zu gewöhnen.

Die Kriegsbeschädigten haben deshalb keine Ursache zu irgendwelchem Mißtrauen gegen die lediglich zu ihrem Nutzen geschaffenen Einrichtungen. Sie sollten insbesondere dann, wenn für ihr weiteres Fortkommen die Erlernung eines neuen Berufes oder die unter den veränderten Verhältnissen notwendige Anpassung an die frühere Berufstätigkeit sich notwendig macht, den guten Ratschlägen, die ihnen von Ärzten und sachverständigen Berufsberatern gegeben werden, vertrauensvoll Beachtung schenken.

Die Kriegsbeschädigten und deren Angehörige dürfen nicht vergessen, daß bei einer nur teilweise Beschränkung der Erwerbsfähigkeit auch nur eine Teilrente gewährt wird, die zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Der erwerbsbeschränkte Kriegsbeschädigte wird also auf jeden Fall bestrebt sein müssen, zur Bestreitung des Unterhalts für sich und seine Familie den Rest der ihm verbliebenen Arbeitskraft entsprechend zu verwerten. Das ist schließlich auch eine sittliche Pflicht, eine Pflicht, deren Erfüllung übrigens dem Beschädigten selbst zum Segen gereicht. Die Ausübung einer geregelten Tätigkeit macht ihn auch fernerhin zu einem nützlichen Glied der menschlichen Gesellschaft und gibt seinem Leben inneren Wert und Gehalt.

Ihm nun die Verwertung der verbliebenen Arbeitskraft zu erleichtern, ist Zweck sowohl des Heilverfahrens, als auch der Berufsberatung und der Berufsberatung oder Berufsschulung. Die Kriegsbeschädigten tun also im eigenen Interesse gut daran, wenn sie die hierfür geschaffenen Einrichtungen benutzen, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu erweitern und sich eine gute Grundlage für ihr späteres Fortkommen zu schaffen. Hierin sollten sie von ihren Angehörigen unterstützt und ermuntert werden. Nichts ist verfehlter, als wenn diese durch Uebermittlung von Arbeitsangeboten den Beschädigten zu veranlassen suchen, vorzeitig das Heilverfahren aufzugeben und auf die Berufsberatung oder Berufsschulung zu verzichten. Gewiß ist die Absicht, von der sich die Angehörigen leiten lassen, gut, sie glauben dem Beschädigten damit einen Dienst zu erweisen. Demgegenüber heißt es in dem oben erwähnten Aufruf ganz richtig:

Dem Interesse der Kriegsbeschädigten wird jedoch vielfach durch solche von liebevollem Hilfsbedürfnis ausgehenden Vorschläge und Angebote nicht gebiert. Solche Angebote von Arbeitsstellen kommen häufig infolge des gegenwärtigen Mangels an Arbeitskräften oder auch aus der Absicht, eine billige Arbeitskraft zu erhalten. Wird dann bei Abschluß des Krieges der Arbeitsmarkt von den aus dem Felde heimkehrenden Millionen überflutet, dann verliert der Kriegsbeschädigte wieder die ihm früher fremde und auch während seiner Arbeitsfähigkeit nicht heimlich gewordene Stelle. Die Last, die dann den Angehörigen obliegt, wird nicht immer getragen werden können, auch wenn die Liebe zu dem Kriegsbeschädigten nach wie vor die gleiche bleibt. Der Hilfsbedürftige steht dann allein. Es wird ihm, bei dem großen Angebot von Erwerbstätigen, schwer, vielleicht unmöglich werden, einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Sein Leben ist verfehlt. Nichts wäre für ihn trauriger, als von der Rente allein leben zu müssen und sich nicht mehr als nützliches, durch Arbeit dem Ganzen dienendes Glied der Gesellschaft zu fühlen.

Diese Worte verdienen wirklich beherzigt zu werden. Nach dem Kriege, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder eine normale und die nationale Begeisterung abgeklaut ist, werden allein die erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse, die Tüchtigkeit des Bewerbers, ausschlaggebend für die Erlangung einer geeigneten Stellung sein. Sich diese Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen, ist dem Kriegsbeschädigten während des Krieges die beste Gelegenheit geboten. Er benutze sie recht gründlich.

Ein weiterer wichtiger Grund für das Bestreben, dem Kriegsbeschädigten die Erwerbsfähigkeit wiederzugeben, ist mehr volkswirtschaftlicher Natur. Wir sind durch den Krieg verarmt, verarmt an materiellen Gütern und an Volkskraft. Beides zwingt uns, nach dem Kriege alle Kräfte anzuspannen um unsern Handel und unsere Industrie die früher im Wettbewerb der Völker innegehabte Stellung zurückzuerobern, zwingt uns zu verdienen, um den Volkswohlstand und damit auch die Lebenshaltung der breiten Massen wieder auf die alte Höhe und darüber hinaus zu bringen. Dazu bedürfen wir wie gesagt der Anspannung aller Kräfte, auch der nur teilweise Erwerbsfähigen. Diese brach liegen zu lassen, wäre eine unwirtschaftliche Vergeudung der Volkskraft, und den Vorgesetzten können wir uns nach dem Kriege weniger denn je erlauben.

Nun haben wir bereits betont, daß die Befürchtung der Kriegsbeschädigten, durch die Ausübung einer Erwerbstätigkeit könnten sie in ihren Versorgungsansprüchen geschädigt werden, irrig ist. Die Höhe der Militärversorgung wird nach dem Gesetz nicht nach der Erwerbstätigkeit, die im allgemeinen in der Höhe des Lohnes ihren Ausdruck findet, sondern nach der Erwerbsfähigkeit bemessen. Der Grad der Erwerbsfähigkeit wird in erster Linie nach dem aus den Folgen der Dienstbeschädigung sich ergebenden Gesundheitszustand bestimmt. Die Erwerbsverhältnisse und alle übrigen Umstände werden zur Beurteilung mit herangezogen, können aber niemals von ausschlaggebender Bedeutung sein. Ist ein Dienstbeschädigter gänzlich erwerbsunfähig, so erhält er die Vollrente, ist er teilweise erwerbsunfähig, die Teilrente des entsprechenden Dienstgrades. Der aus der Erwerbstätigkeit entspringende Verdienst kommt also dem Kriegsbeschädigten zugute, ohne eine Schmälerung seiner Rente herbeizuführen. Denn die Rente hängt lediglich von dem zeitigen körperlichen Zustande ab und nicht von anderen Verhältnissen, wie z. B. der Höhe des Verdienstes. Leute, die größere Glieder (Arm, Bein, Hand) oder das Augenlicht verloren haben, können die Verlustmehrzulage niemals verlieren, auch wenn sie einen noch so hohen Verdienst haben. Die Kriegszulagen verbleiben ihnen in derselben Höhe, solange sie überhaupt in dem gesetzlichen Mindestgrade (10 Prozent) erwerbsbeschränkt sind. Wer also z. B. infolge Verlustes des linken Armes neben der Rente eine Kriegszulage von 15 Mark monatlich und Verstümmelungszulage von 27 Mark monatlich erhält, behält die Zulage unverändert lebenslanglich, weil naturgemäß die durch die Folgen der Verletzung bedingte Erwerbsunfähigkeit niemals weniger als 10 Prozent betragen wird. Hieraus geht hervor, daß er auch die an und für sich veränderliche Rente nie ganz verlieren wird. Auch der völlig Erblindete behält seine Verstümmelungszulage und die

Kriegszulage lebenslanglich neben einer hohen Rente, auch wenn er zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage eine der vielen für Blinde vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten ergreift. Jeder noch einigermaßen erwerbsfähige Kriegsbeschädigte wird gut daran tun, sich um eine Erwerbsquelle zu bemühen, denn die Arbeit schafft Freude am Leben und hilft über manche Widerwärtigkeiten hinweg.

Was wir hier bezüglich des Verhältnisses der Rente zum Arbeitsverdienst gesagt haben, beruht auf Erfahrungen und Versicherungen maßgebender amtlicher Stellen. Die Kriegsbeschädigten dürfen also das Vertrauen haben, daß die Festsetzung ihrer Versorgungsgebühren nicht nach den Grundsätzen der Unfall-Berufsgenossenschaften, sondern — wie ein preussischer Ministerialerlaß sagt — in weitherziger und wohlwollender Weise erfolgen wird. Im übrigen werden auch die Arbeiterorganisationen bestrebt sein, ihren durch den Krieg verstärkten Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen.

## Fragen der Volksernährung im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner gegenwärtigen Tagung auch recht ausgiebig mit der Frage der Lebensmittelversorgung. Bei der Gelegenheit kam auch Kollege Giesberts zum Wort, von dessen Ausführungen wir nachstehend einiges wiedergeben.

Kollege Giesberts wies zunächst kurz auf die Gründe hin, die zu den Schwierigkeiten unserer Volksernährung geführt haben. Unsere Feinde wollten uns nicht nur militärisch bezwingen, sondern auch wirtschaftlich ruinieren und zwar nicht nur während des Krieges, sondern auch für die Zeit nach dem Friedensschluß. Nicht in allen Kreisen der Bevölkerung sehe man ein, was hierbei auf dem Spiele stehe, wohl aber habe die Arbeiterbevölkerung die Tragweite dieses wirtschaftlichen Feldzuges erkannt:

„Der Arbeiterstand weiß, daß er bei seiner ganzen sozialen Struktur, in seiner ganzen Existenz am allerersten gefährdet ist, wenn der Plan unserer Feinde Erfolg haben sollte. So sehen wir denn, daß gerade in den Industriestädten die Arbeiterbevölkerung in einer Weise sich den neuen Verhältnissen angepaßt hat, daß man geradezu von einem Helidentum sprechen muß, das sich kläglos Einschränkungen seiner Lebenshaltung gefallen läßt, die man früher einfach nicht für möglich gehalten haben würde. (Beifall) Denn trotzdem hier und da aus den Kreisen der industriellen Arbeiterbevölkerung heraus oppositionelle Stimmungen sich gezeigt haben, so ist das nicht etwa darauf zurückzuführen, daß in diesen Kreisen ein Mangel an gutem Willen für das wirtschaftliche Durchhalten sich herausgebildet hat, sondern es ist lediglich begründet in dem berechtigten Unwillen darüber, daß nicht alle Volksgenossen diesen Gemeinheitsinn haben und betätigen, in dem berechtigten Unwillen darüber, daß es leider Kreise gibt, die sich nicht schenken, die Kriegszeit zu benutzen, um sich ungerecht zu bereichern.“

Und dazu kommt noch ein zweites: In keinem Lande der Welt hat in dieser schweren Zeit die industrielle Arbeiterschaft in Gemeinschaft mit den Unternehmern so Großes geleistet, wie in Deutschland. (Sehr richtig! und Zustimmung.) In keinem Lande der Welt hat die Arbeiterschaft eine solche Anpassungsfähigkeit gezeigt, in keinem Lande der Welt hat sie trotz aller Ernährungsschwierigkeiten solche Mehrleistungen an körperlicher Arbeit aufzuweisen gehabt, wie bei uns. (Beifall.) Da wird man es verstehen, wenn in diesem Kriege solche Erscheinungen, wie ich sie eben angedeutet habe, ganz besonders verbitternd wirken müssen. Unter diesen Umständen ist es unsere Aufgabe und ist es die Aufgabe der Regierung dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Es wird sich dabei in der Hauptsache darum handeln: erstens eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel herbeizuführen, zweitens das konsumierende Publikum vor unläuterer Spekulationen und Preissteigerungen zu schützen, drittens allen Volksgenossen klar zu machen, daß der Krieg uns zwingt, angenehme Lebensgewohnheiten für die Zeit des Krieges abzulegen.“

Ausführlich ging Kollege Giesberts auch auf die Frage der Kartoffelversorgung ein. Veranlassung hierzu gaben ihm die vorher erfolgten Darlegungen des preussischen Landwirtschaftsministers. Dieser suchte nachzuweisen, daß der Westen mit genügend Kartoffeln versorgt worden sei. Er vertiefte sich hierbei auf eine amtliche Statistik

des Ministers der öffentlichen Arbeiten, wonach im Jahre 1915 rund 90000 Tonnen Kartoffeln mehr nach dem Westen gekommen seien wie 1914 und schloß daraus: Der Kartoffelreichtum Osten und auch die Mitte der Monarchie, hätten ihre Schuldigkeit gegenüber den westlichen Verbrauchern getan. Den westdeutschen Städten machte er den schweren Vorwurf, sie hätten die Kartoffeln dem Kleinhandel übergeben ohne gleichzeitig auch dafür zu sorgen, daß sie auch wirklich dem Verbraucher, d. h. dem städtischen Konsumenten zugeführt werden. Statt zur Ernährung der Bevölkerung seien die Kartoffeln zum Teil zur Fütterung des Viehes verwandt worden. Endlich suchte der Landwirtschaftsminister auch die Gewährung der „Schnelligkeitsprämien“ an die Landwirte gegenüber dem Abgeordneten Herold, der sie als unberechtigt beurteilt hatte, zu rechtfertigen.

Dem Landwirtschaftsminister antwortete Kollege Giesberts wie folgt:

„Der Landwirtschaftsminister hat die Frage aufgeworfen, wo denn die Kartoffeln geblieben seien, die in den Städten im Westen zur Verfügung gestellt worden sind. Darauf möchte ich antworten: Zunächst scheint mir der Satz von 1 1/2 Pfund pro Kopf der Bevölkerung viel zu niedrig bemessen zu sein. Der Landwirtschaftsminister scheint gar keine Ahnung zu haben, in welchem Umfange bei dem Mangel anderer Nahrungsmittel die Arbeiterbevölkerung in den Industriestädten auf die Ernährung durch Kartoffeln angewiesen ist. Weiter ist zu bedenken, daß große Mengen von Kartoffeln auf dem Transport erfroren sind. Endlich hatten die Kartoffeln durchweg sehr viel Abfall. Es ist auch zu bedenken, daß wir im Westen in Friedenszeiten viel Kartoffeln aus Holland bekamen. Jetzt im Kriege bekommen wir aus Holland nichts. Das hat natürlich auch zur Knappheit beigetragen. Wenn es wahr ist, was der Landwirtschaftsminister über die Kartoffelversorgung der Städte im Westen gesagt hat, dann wären diese entschieden zu tadeln und sie müßten zur Verantwortung gezogen werden. Vorläufig glaube ich aber nicht, daß die Dinge so liegen, wie der Herr Minister sie dargestellt hat. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise ist nicht zweckmäßig. Eine Erhöhung von 1,25 M. für den Zentner kann durch die gesteigerten Produktionskosten keine Berechtigung erfahren. Ich teile durchaus die Ansicht des Abgeordneten Herold, daß die Regierung mit ihrer Preispolitik keine Kartoffeln mehr herausbekommen wird. Ich gebe zu, daß die Produktionsfreudigkeit der Landwirtschaft erhalten und gesteigert werden muß, und daß deshalb jetzt ein höherer Preis erzielt werden muß als in Friedenszeiten. Den Opfermut und die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft muß man aufrichtig bewundern, um so mehr aber dürfen wir auch an sie appellieren, nicht durch übermäßige Preisforderungen unsere Volksernährung zu erschweren. Nach den bisherigen Erfahrungen des Krieges wird es notwendig sein, zu erwägen, ob es nicht schon jetzt zweckmäßig wäre, Verträge mit der Landwirtschaft abzuschließen, Kartoffeln zu bestimmten, angemessenen Mindestpreisen für die kommende Erntezeit zu liefern. Die Stadt Essen hat meines Erachtens mit solchen Verträgen recht gute Erfahrungen gemacht.“

Endlich wies Kollege Giesberts noch auf einige Zukunftsaufgaben hin, die schon jetzt in Erwägung zu ziehen seien. Es werde zweckmäßig sein, auf Grund der Kriegserfahrungen Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der Großstädte vorzubereiten und nach Friedensschluß durchzuführen. Insbesondere seien ins Auge zu fassen:

„Erstens Untersuchungen über die Art und Form der Lebensmittelversorgung der Großstädte und Industriebezirke, unter besonderer Berücksichtigung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, und Maßnahmen, welche geeignet sind, unter Berücksichtigung des realen Handels und Kaufmannstandes die Lebensmittelversorgung sicher zu stellen und Auswüchse durch gewinnlüstige Spekulationen und wucherische Ausnutzung der Verbrauchertrenne auszuschließen.“

Zweitens Untersuchungen darüber, welche Zweige der Landwirtschaftsproduktion eine besondere Förderung erfahren müssen, um die Ernährung des Volkes sicherzustellen.

Endlich sollte drrittens untersucht werden, in welchem Umfange die Verkehrsverhältnisse, die zweifellos während des Krieges zur Erschwerung der Lebensmittelversorgung viel beigetragen haben, insbesondere die Wasserstraßen auszubauen und eventuell zu vermehren sind, um den Austausch der Landesprodukte innerhalb der Landesgrenzen und namentlich vom Osten nach dem Westen zu beschleunigen und zu verbilligen.

Kollege Giesberts schloß seine Ausführungen mit einem Appell an den Gemeinheitsglauben. Dieser müsse erhalten bleiben und dürfe auch durch die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Lebensmittelversorgung nicht erschüttert werden. Ganz unsere Meinung. Nur muß man dann diesen Gemeinheitsglauben vor Belastungsproben bewahren, wie sie in letzter Zeit stattgefunden haben. Für einen Gemeinheitsglauben, dessen Aufrechterhaltung vorwiegend auf Kosten der Konsumenten erfolgt, müssen sich diese entschieden bedanken.

Auch du, ohne Klage,  
Bedente der Tage,  
Die froh wir verlebte  
Der Gutes empfangen,  
Der darf nicht verlangen,  
Daß nun sich der Traum  
Ins Unendliche weht.

D. Fr. Strauß

## Allgemeine Rundschau.

### Tarifverhandlungen.

Solche wurden am 25. Januar im Reichsamt des Innern für das Malergewerbe gepflogen. Als Vertreter der Reichsregierung nahm Ministerialdirektor Excellenz Dr. Kaspar an den Verhandlungen teil. Diese führten zu einer Verlängerung des Tarifs. Es wurde nachstehend, nach der amtlichen Niederschrift wiedergegebene Vereinbarung getroffen:

1. Den Arbeitnehmern wird eine Kriegsteuerzulage bewilligt. Diese Zulage beträgt in Orten mit einer Arbeitszeit von 9 oder weniger Stunden 6 (sechs) Pfennig für die Stunde, in Orten mit einer Arbeitszeit von mehr als 9 Stunden 5 (fünf) Pfennig für die Stunde. Die Zulage ist vom 1. März 1918 an in voller Höhe zu zahlen, und zwar an Arbeitnehmer, die an diesem Tage bereits beschäftigt sind, als Zuschlag zu den ihnen bisher gewährten oder später erhöhten Löhnen. An Arbeitnehmer, die nach dem 1. März 1918 eintreten, ist die Zulage als Zuschlag zu den mindestens tarifmäßigen Löhnen voll zu zahlen.

2. Der Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe vom Jahre 1913 und der Tarifvertrag mit dem Bunde Deutscher Dekorationsmaler vom gleichen Jahre werden bis zum 15. Februar 1917 (einschließlich) verlängert. Sollte bis zum 31. Dezember 1916 (einschließlich) mit einer der jetzt mit Deutschland im Kriege befindlichen europäischen Großmächte noch kein Friede geschlossen sein, so verlängern sich die Tarifverträge bis zum 15. Februar 1918 (einschließlich). Solange hiernach die Tarifverträge bestehen, ist die Kriegsteuerzulage nach Maßgabe der Nr. 1 zu zahlen. Im übrigen bleiben die Tarifverträge unberührt.

3. Dem Westdeutschen Malermeisterverbande wird bis zum 25. Februar 1918 einschließlich der Beitritt zu den vorstehenden Vereinbarungen vorbehalten.

Falls die Vertragsparteien im Lande dem Abkommen beipflichten, woran nicht zu zweifeln ist, so ist der Friede im Malergewerbe wiederum für ein Jahr gesichert. Der Tarifvertragsgegner hat im Malergewerbe eine Belastungsprobe mehr bestanden und einen neuen Sieg während der Kriegszeit errungen.

Nicht so günstig verliefen die vom 11. und 12. Febr. unter dem Vorsitz von Dr. Kaspar im Reichsamt des Innern stattgefundenen Verhandlungen über die Verlängerung des Tarifvertrages im Baugewerbe. Ueber die Zeitdauer der Verlängerung wurde eine Verständigung erzielt. Auf Wunsch der Arbeiter wurde diese Frist auf ein Jahr festgesetzt. Ueber die von den Arbeitern verlangte Teuerungszulage aber kam eine Einigung nicht zustande. Die Vertreter der Arbeiter hatten die Mehrkosten der Lebenshaltung für eine fünfköpfige Familie auf Grund amtlicher Feststellungen mit mindestens 15 M. pro Woche berechnet und beantragt, daß die Teuerungszulage die Hälfte dieser Mehraufwendungen decke. Die Arbeitgeber wollten indes als letztes Angebot nur eine Teuerungszulage von 4 Pfennig pro Stunde für Tariforte bis zu 5000 Einwohner, von 6 Pfennig in den Orten mit neunstündiger Arbeitszeit und von 5 Pfennig in den Orten mit mehr als neunstündiger Arbeitszeit bewilligen. Die Arbeitervertreter lehnten dieses Angebot ab, weil es der Wirklichkeit zu wenig Rechnung trage. Die Verhandlungen wurden darauf als gescheitert abgebrochen. Weitere Verhandlungen sind nicht in Aussicht genommen. Hoffentlich gelingt es doch noch, durch weiteres Entgegenkommen der Unternehmer, auch im Baugewerbe eine Verständigung zu erzielen.

### Die Herabsetzung der Altersgrenze.

Wir lesen in der „Völk. Ztg.“: „Nachdem der Reichstag auch im Plenum einstimmig die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Jahr gefordert hat, kann damit gerechnet werden, daß dem Reichstage bei seinem bevorstehenden Zusammentritt ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt werden wird. Ganz unerwartet sind neuerdings gegen die Verwirklichung dieser überaus gegenstandsreichen Maßnahme Bedenken vorgebracht, die nicht in der Sache selbst, sondern in der geschäftsmäßigen Behandlung der zu erwartenden großen Zahl von Altersrentenanträgen liegen. Es wird nämlich darauf hingewiesen, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes etwa 200000 Anträge bei den Versicherungsanstalten eingehen würden, zu deren Bearbeitung es infolge der zahlreichen Einberufungen zum Heeresdienste an geschultem Personal fehle, zumal die jetzige Beamtenzahl nicht einmal ausreiche, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Aus diesen Erwägungen heraus wird eine Verabschiedung des Gesetzes erst für die Zeit nach Beendigung des Krieges empfohlen. Es ist nicht zu verkennen, daß diese technischen Schwierigkeiten ernste Beachtung verdienen, denn es muß unbedingt Wert darauf gelegt werden, daß die Bearbeitung der Rentenanträge mit peinlichster Sorgfalt vor sich gehen, damit nur in berechtigten Fällen eine Rente festgesetzt wird.“

Es erscheint uns recht sonderbar, daß nun auf einmal gegen die Durchführung des vom Reichstag gefassten Beschlusses auf Herabsetzung der Altersgrenze technische Schwierigkeiten ins Feld geführt werden, von denen man bisher nichts vernommen hat. Sollte sich hinter diesen Bedenken gar das Bestreben verbergen, die Durchführung des Beschlusses im letzten Moment noch zu hintertreiben? Falls das zutrifft, wird der Reichstag hoffentlich stark genug sein, seinen Willen durchzusetzen.

### Vaterländischer Gemeinssinn.

Die Statistik der Streiks und Ausperrungen während des ersten Kriegsjahres vom 1. August 1914 bis Ende Juli 1915 (Reichsarbeitsblatt 1916 Nr. 1) legt ein rühmliches Zeugnis ab für Deutschlands innere Einheit und für den vaterländischen Opfermut seines Volkes in diesem Weltkriege. 111 Streiks und drei Ausperrungen

verzeichnet die Statistik. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten betrug insgesamt 10374. Das sind nur 4,4 vom Hundert der Streiks und 3,2 vom Hundert der Streikenden und Ausgesperrten im Durchschnitt der letzten fünf Jahre vor dem Kriege. Schon diese Zahlen beweisen, daß es sich auch bei diesen wenigen Streiks nicht um größere Bewegungen, sondern nur um kleinere Differenzen in einzelnen Betrieben gehandelt hat. In 103 von den 114 Fällen war nur ein Betrieb durch die Bewegung erfasst. Ferner stellt das Reichsarbeitsblatt ausdrücklich fest, daß abweichend von der sonstigen Regel die Berufsvereine diesmal nur an sehr wenigen Streiks und Ausperrungen Anteil gehabt haben. Während im Durchschnitt des letzten Jahres fünf 75,9 Prozent aller Streiks von Gewerkschaften unterstützt worden sind, waren es im ersten Kriegsjahr von den an sich schon seltenen Bewegungen nur 21 bis 19,9 Prozent.

Damit vergleiche man das Verhalten der englischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in diesem Völkerringen! Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß auch in England ohne Streiks die Löhne beträchtlich steigen mußten. Gleichwohl haben gewaltige Streiks das staatliche und volkswirtschaftliche Leben Englands in den schwierigsten Zeiten bis in die tiefsten Tiefen erschüttert. König, Minister und Parlament haben betteln müssen bei den Arbeitern um Leistung der Kriegsarbeit. Wie anders in Deutschland! Auch hier hätten die Arbeiter unter dem Druck militärischer Notwendigkeiten mehr herausgeschlagen können, wenn sie sich spröde erwießen hätten, vielleicht hätten sie an und für sich in manchen Fällen auch ein gutes Recht auf einen höheren Anteil am Gewinn gehabt. Sie haben jedoch aus vaterländischen Gründen mit ihrer Arbeitsleistung nicht zurückgehalten, haben die Zwangs- und Notlagen des Krieges nicht selbstfüchtig ausgenutzt, haben im Gegenteil Ueberstunden geleistet, um das Arbeitsergebnis möglichst zu steigern, vielfach unter Hingabe ihrer letzten Kraft. Ein Ruhmesblatt für das deutsche Volk und insonderheit für die deutschen Arbeiter! (B. R.)

### Regelung der Schweinefleischpreise.

Nachdem nunmehr durch Bundesratsverordnung vom 14. Februar Stallpreise für Schweine statt der bisherigen Marktpreise festgesetzt worden sind, erscheint eine einheitliche Verordnung über die Bildung der Viehmarkt- und Kleinverkaufspreise vonnöten. Es besteht die Gefahr, daß aus Konkurrenzgründen die den Städten zur Pflicht gemachte Festsetzung der Fleischpreise, wie fast immer bisher, zu ständigen Preisverhöhungen und schließlich, wenn die Spannung zwischen Stall- und Marktpreis für den Handel nicht mehr hoch genug ist, zu einer Entblößung des Marktes führt. Diesen Schwierigkeiten will der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen durch folgende Regelung, die er dem preussischen Landwirtschaftsministerium und auch den übrigen Bundesstaaten in Eingaben unterbreitete, begegnen:

Bildung des Viehmarktpreises: 10 Prozent fester Zuschlag auf den im Stall bezahlten Kaufpreis, der durch Schlussschein nachzuweisen ist, für Gemeinheitsverkauf; ein fester Preis für das Stück, berechnet nach den durchschnittlichen Frachtkosten, Viehmarktpreisen usw.; ein wandelbarer Zuschlag für Reingewinn in ungefährer Höhe von 2 Prozent. Bildung des Kleinverkaufspreises: Oberste Grenze für rohes Fett 180 Prozent, für rohes Fleisch 140 Prozent des am Viehmarkte zu zahlenden Preises der Gewichtsklasse von 110—120 Kilo. Festsetzung von Ortshöchstpreisen nur für Konsumfleisch: Ramm, Blatt, Bauch, Beine, Kopf und Salzknochen, alles frisch und gepöbelt. Bei Keule nur ein Höchstpreis von etwa M. 1,75 das Pfund (ohne Zulagen) roh. Desgleichen Ortshöchstpreise für die allein noch zuzulassenden drei Wurstsorten: zwei Qualitäten Leberwurst, zwei Qualitäten Blutwurst (wo ortszublich eventuell noch billigere Sorten mit vegetabilischen Zusätzen), drei Sorten Rohwurst (schneideste feinerer Wurst, weiche schmierfähige Wurst und grobe Wurst, d. h. polnischen Stock, rheinische, westfälische, Kochmettwurst). Für diese Wurstsorten soll die Landesregierung Normalpreise als Richtschnur für die Gemeinden festlegen. Außerdem sollen für gefalzenen oder geräucherten Rücken- und Bauchspeck sowie für Salze Ortshöchstpreise bestimmt werden. Dagegen nicht für Schinken aus den vier Keulen, eventuell ein Höchstpreis, der durchschnittlich eingehalten werden müßte. Bei diesen Bestimmungen glaubt der Kriegsausschuß die erforderliche Rücksicht auf die billigen Wünsche des Handels und des Fleischnegewerbes genommen zu haben.

### Die Preise für Verbrauchszucker.

Wir haben kürzlich berichtet, daß die Zuckerrübenbauer für die in diesem Jahre zum Anbau kommenden Zuckerrüben einen um 45 Pfennig pro Zentner erhöhten Preis erhalten, wodurch sich dann naturgemäß auch der Rohzuckerpreis entsprechend erhöht. Ob später auch eine Erhöhung der Verbrauchszuckerpreise im Kleinhandel eintreten wird, steht noch nicht fest. Berechtigt wäre eine solche nicht. Bei den glänzenden Kriegsgewinnen der Zuckerrüben wären diese sehr wohl in der Lage, die Erhöhung des Rübenpreises aus ihren eigenen Erträgen zu decken, was übrigens für manche dieser Fabriken gar keine Belastung bedeutete, da sie den Bedarf an Zuckerrüben aus den eigenen Anpflanzungen decken.

Im Publikum ist nun vielfach die Ansicht vertreten, daß in den nächsten Tagen oder Wochen schon eine Erhöhung der Zuckerpriese eintreten wird. Hier und da haben sogar schon Angstkäufe stattgefunden. Weniger gewissenhafte Geschäftsleute nutzten diese Sachlage auch schon zu Preissteigerungen aus. Gegen diese wendet sich nunmehr eine besondere Verfügung der preussischen Minister für Landwirtschaft, Handel und des Innern. Sie besagt: Die Verordnung des Bundesrats über die Preise für Rohzucker und Zuckerrüben erhöht die Preise für Verbrauchszucker dieses Betriebsjahres 1916/17 herzustellen ist. Ueber den Preis für den Verbrauchszucker dieses Betriebsjahres ist noch keine Entscheidung getroffen. Die Preisungspräsidenten sind deshalb ersucht worden, die Preis-

prüfungsstellen unverzüglich auf diese Tatsache hinzuweisen. Sie sollen besonders darauf achten, daß die neue Regelung nicht etwa zu einer ungerechtfertigten Erhöhung der Kleinhandelspreise benutzt wird.

Die Konsumenten werden gut tun, auch ihrerseits jeder willkürlichen Erhöhung der Preise für Verbrauchszucker entgegenzutreten.

Kriegswohlfahrtspflege.

In einem Vortrag, den der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, kürzlich auf Veranlassung des Roten Kreuzes in Stuttgart hielt, würdigte er das segensreiche Wirken der Landesversicherungsanstalten während des Krieges wie folgt: Für die Kriegswohlfahrtspflege stellten die Versicherungsanstalten den Betrag von 105 Millionen Mark zur Verfügung. Außerdem erhielten bis Ende 1914 das Rote Kreuz über 3 Millionen, 2 1/2 Millionen der Kriegsauschuß für warme Unterkleidung, 300 000 Mark wurden zur Einrichtung von Bade- und Desinfektionswagen beigegeben. Für die Unterstützung arbeitsloser Versicherter und ihrer Familien wurden über 7 Millionen Mark aufgewendet, 3 1/2 Millionen Mark sollen als Dank und Ehrengabe den Hinterbliebenen der Gefallenen über die erste schwere Zeit nach dem Tode des Ernährers hinweghelfen. Zu Gunsten der wirtschaftlichen Fürsorge für Kriegsheilbedürftige haben die Versicherungsanstalten nahezu 1 Million Mark bereitgestellt. Insgesamt wurden bis jetzt für Kriegswohlfahrtspflege über 21 Millionen Mark ausgegeben. Weiter beschlossen die Versicherungsanstalten durch Lombardierung von Wertpapieren bis zu 200 Millionen Mark flüssig zu machen, um sie als Darlehen an bedrängte Gemeinden und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verwenden. Bisher sind solche Darlehen in der Höhe von 70 Millionen Mark gewährt worden. Endlich beteiligten sich die Versicherungsanstalten mit über 439 Millionen, die Berufsgenossenschaften mit rund 343 Millionen an der Aufbringung der drei Kriegsanleihen.

Aus unserer Industrie.

Gesetzliche Einführung des metrischen Garnmaßes in Oesterreich-Ungarn.

C. T. I. Nachdem die Textilindustriellen Deutschlands einstimmig beschlossen haben, der Reichsregierung die gesetzliche Einführung des metrischen Garnmaßes an Stelle des bisher üblichen englischen Maßes zu empfehlen, sind auch die Textilindustriellen Oesterreich-Ungarns in Verhandlungen eingetreten, welche ein gleiches Ziel bezwecken. Es wurde in Wien ein aus Spinneern und Webereibestehender Ausschuß gebildet, der demnächst ein die gesetz-

liche Einführung des metrischen Garnmaßes und die Bemessung der Fadenzahl von Geweben nach Zentimetern befristet, falls das Gutachten an die Regierung befürwortet wird.

Papiergarne.

Die deutsche Industrie hat es im Kriege trefflich verstanden, die Schädigungen, die durch die Abschneidung der Zufuhren der gewohnten Rohstoffe uns hätten entstehen können, abzumildern, indem sie Ersatzstoffe im Inlande fand und zu verarbeiten wußte. Daß diese inländischen Ersatzstoffe durchaus nicht als minderwertige Surrogate angesehen zu werden brauchen, sondern einen vollgültigen Ersatz für die bisherigen ausländischen Rohstoffe bieten können, lehrte der Vortrag, den im Verein zur Beförderung des Gewerbestandes am 7. d. M. der Fabrikbesitzer Glavicz aus Udorf i. B. über Zellulosegarne und ihre Bedeutung in der Textilindustrie hielt. Die Kurzeitung berichtet darüber: Zu den Rohstoffen der deutschen Industrie, die aus dem Auslande kommen, gehören auch die Jute und alle der Jute ähnlichen Bastfasern von Hanf, Flachs, Ramin u. dergl., die zur Herstellung von Seilen und Stricken und namentlich Säcken gebraucht werden. Diese Rohstoffe waren bisher für uns unentbehrlich. Die Jute wird nur aus Britisch-Indien bezogen. Jetzt sind die Zellulosegarne berufen, die Jute zu ersetzen. Diese Zellulosegarne entstammen dem Zellgewebe unserer Bäume und werden in der Technik auch Papiergarne genannt, weil das Zwischenprodukt, aus dem sie entstehen, tatsächlich Papier ist. Der Vortragende erläuterte an Zeichnungen und Modellen in sehr belehrender, auch für den Laien verständlicher Weise, wie die fertige Papierbahn, die wegen der größeren Haltbarkeit namentlich aus der auf chemischem Wege gewonnenen Natronsulfitzellulose hergestellt wird — die weniger haltbaren Zeitungspapiere werden aus der mechanisch hergestellten Zellulose, dem sog. Holzschliff, verfertigt — in schmale Streifen geschnitten wird und diese Streifen in bestimmtem befestigten Zustande nach einem vom Vortragenden erfundenen Verfahren auf der Spindel zu festen und haltbaren Fäden gedreht und gestreckt, also gesponnen werden. So entsteht das Papiergarn, das genau ebenso wie Garn aus Textilfasern zu Geweben aller Art verarbeitet werden kann. Besonders haltbar und elastischer wird das Papiergarn, wenn die Papierbahn mit einer „Schleierbahn“ von Textilfasern aus Baumwolle oder Juteabfällen belegt und beide zusammen in inniger Verbindung zu Garn gesponnen werden. Die lange Textilfaser unterstützt die Haltbarkeit und Elastizität der kurzen Zellulosefaser. Aus diesem Papiergarn oder Textilose, wie es auch genannt wird, können nahezu alle Gewebe der Textilindustrie hergestellt werden; der Vortragende hatte eine Fülle von Stoffmustern und fertigen Gegenständen ausgestellt, wie Teppiche, Wandbekleidungen (Erzatz für Lintrufa), Handtücher, Socken, Decken, waschbare Anzüge, Säcke, Stricke, Bindfäden usw.

Von der französischen Textilindustrie.

Das von den Deutschen besetzte Gebiet Nordfrankreichs bedeutet das Herz der französischen Industrie. Hier liegen nach der „Rein. Stg.“ die Quellen französischer Kraft und die der riesigen Modezentrale Paris, die aus diesen Quellen immer neues Leben schöpft. Das wichtigste Absatzgebiet sämtlicher Mode-Industrien leidet Not, denn die Fabriken, die das Material liefern, die Stoffe, Seiden, Spitzen, Besätze und Schleier, die Bänder und Stickereien, sie stehen entweder ganz still oder sind in deutscher Hand. Was von solcher Luxusware noch am Lager ist, ist nur zu unsinnig hohen Preisen zu haben, und täglich wird die Knappheit größer. Verfolgen wir einmal den Weg, auf dem sich die deutschen Waffen den französischen Weibhül, die französische Spindel erobert haben. Noubair-Courvoisier, das Industriezentrum der feinen seidigen Kleiderstoffe, mit denen sich Paris die Welt eroberte, ist heute deutscher Besitz. Als ein Seitenzweig der genannten Industrie ist hier schon seit geraumer Zeit die fertige Herrenkonfektion aufgebüßt. Mit dem heiß umstrittenen Lille sind neun Bezuhel aller Flachs- und Wollspinnerei und ein Sechstel der auf der ganzen Erde vorhandenen in deutsche Hände gefallen. Das berühmte Viller Leinwand hatte hier seine Stätte, und hier wie in den Nachbarorten blühte die Fabrikation

Du und ich. \*)

Kürzlich war ich in Gesellschaft. Natürlich redete man vom Sparen. Mit liebenswürdig heiterem Gesicht erklärte die Frau des Hauses: „Ich habe ein ganzes Jahr wirklich mit dem Brot gespart; meine Kinder taten mir manchmal leid, besonders mein ältester Junge, der in dem Alter ist, in dem man nie satt wird. Aber es wurde durchgehelt. Da merkte ich, daß meine Nachbarsleute, die doch auch sehr patriotisch denken, es lange nicht so genau nehmen: da dachte ich, dann kannst du es dir ebenso erlauben. Warum sollen gerade meine Kinder leiden?“ Während ich diese lebhaft einschneidende Stimme hörte, besann ich mich: „Wo hast du doch ähnliches gehört? Bei Frau Rat und dem Herrn Sekretär, bei der Wehgersfrau, die gestern ihr Kriegsgeld abholte, und bei dem Schlosser-gejellen, der ein Gestell brachte; und noch irgendwo? Richtig! In dem Nachbarhaus, von dem die Rede war, war genau dieselbe Entschuldigung ausgesprochen worden.“ Da erschau ich. Wie machtlos wird man, wenn sich einmal bequeme Gewohnheit eingenistet hat! Viele Menschen haben heute eine Versicherungsgesellschaft mit unbeschränkter Haftung untereinander gegründet, nämlich ein stilles Abkommen, sich zu entschuldigen und ihre Pfllicht zu beschönigen. Einstweilen geht der Ernst des Krieges an den Wohnungen umher, klopft und fragt: „Gibt ihr vergessen, daß ich wirklich noch da bin?“

Man kann nicht alles aufzählen, was uns langsam so gedankenlos gemacht hat. Die Herren Urlaubler kommen nach Hause und essen lieber Weißbrot; wer wollte es ihnen wehren? „Man hat es ja“ und „wahrscheinlich hängt es doch gerade an diesem Stuhl Brot nicht.“ „Jetzt kommt es nicht mehr so drauf an.“ — also verflüchtet man Getreide und Kartoffel ans Vieh. „Wir haben genug Vorräte“ — also „lasset uns essen und trinken!“, „Es darf doch nichts verkommen.“ Bei wenigen spricht daraus böswilliger Leichtsin. Die meisten meinen es gar nicht schlimm. Sie haben nur ihre Nervenkraft und Widerstandsfähigkeit verloren. Ihr Wille wurde schwächer. Richtig klingt der Witz einer Händlerfrau: „Wenn der Kaiser wußte, daß nicht genug Butter da ist, warum hat er dann den Krieg gemacht?“ Neulich denken aber alle, welche die Butter auf ihrem Brot für eine wichtigere Lebensfrage halten, als ob das rheinisch-westfälische Industriegebiet französisch wird oder deutsch bleibt. Gut, daß wir heute merken, wo der Fehler steckt. Er steckt nicht bei der Regierung, nicht bei der Landwirtschaft, nicht bei der Kriegsgeldgesellschaft, nicht beim Handel. Mein lieber Kamerad, wir zwei beide, du und ich, sind es, die den Fehler machen. Nicht? Wir wollen uns nichts vormachen; am einzelnen liegt die Schuld. Jede Lebensführung wirkt wie ein Magnet. Was wir tun und wie wir leben, hat von jeher tausendmal größeren Einfluß ausgeübt, als alle Reden. Darum: „Strammgestanden, mein liebes Schicksal! Dein Vater hat im Kriegsjahr 1870 und keine Großmutter hat in den Friedenszeiten der 40 Jahre nicht so gut gelebt, wie du heute mit deiner Brotkarte. Mer's dir und schäme dich, wenn du die Lust, die du dir einige Monate ausverleget hast, leid geworden bist. Spare mit deinem Brot! Bring' deine Kartoffel auf der Markt! Das ist deine Ehrenpflicht; das ist dein Kriegsbeitrag. Du bleibst geschont von

Granaten und Schmutz, von Trommelfeuer und tagelangen Märschen. Der Staat verlangt nur von dir, daß du die Nahrung des Volkes achten sollst. Es gibt heute weder in der Bauernstube, noch im Mietshaus mein Brot oder dein Brot, sondern nur unser Brot, des deutschen Volkes liebes Brot. Hast du's gehört? Nun, abtreten, mein liebes Schicksal!“ „Ja um Gotteswillen, steht es denn so, daß wir nichts mehr haben?“ Diese Angst habe ich kommen sehen. Warum denn immer hin- und herpendeln zwischen gleichgültigem Gehelassen und übertriebener Angstlichkeit? Wir kommen durch, das steht unwiderrüßlich fest. Verlasse dich drauf! Der Feind hat nicht den mindesten Anlaß sich zu freuen. Jede Rechnung auf wirtschaftliche Niederrückung Deutschlands verjagt. Also: wir kommen durch. Unter diesem „Wir“ stehen aber ich und du. Wir sollen das erdulden, indem wir schlacht und bescheiden leben, wie es sich einem Volk ziemt, das den ernstesten aller Kriege kämpft. Es hängt an uns. So laßt uns nicht feilschen und streiten! Vor einem Jahr spottete der englische Minister über den „Kartoffelbrotgeist“ des deutschen Volkes. Der Spott ist ihm vergangen. Seine Rechnung war falsch. Aber unter Kartoffelbrotgeist muß wirklich Geist bleiben, nämlich Geist des Gemeinmens. Sein einziger Beruf schafft heute für sich, sondern für das Volk. Wo ein Glied leidet, leiden alle. In erster Linie dienen, dann erst verdienen — so heißt die Losung.

Ueberraschungen. \*)

Solche kann's geben, wenn der Mann aus dem Felde heimkommt! Und nun ihr Kameraden, erlaubt mir eine Bitte: keine schlechten Witze! Die liegen vielleicht manchem auf der Zunge. Aber mit Witz, guten oder schlechten, wird in Sachen des Hauses und der Familie nichts Ernsthaftes erreicht. In des Herzens Grund lebt überall der herzerweichende, tiefbegleitende Gedanke an Heimat, Weib und Kind; und die gleichen Hoffnungen ziehen in Millionenheeren von eurem Heim hinüber zu euch in Front und Stappe. Die Bänder halten fest! Liebe ist alt und ewig jung. Drum bitten wir einen Augenblick um ruhiges Gehör zuhause und draußen!

Der Mann, der heimkommt, ist anders geworden, als zur Zeit des Auszugs. Er mußte anders werden. Wer sich diese innere Notwendigkeit von vornherein klar macht, kommt über vieles leichter weg. Monate allein unter Männern liegen, täglich Gefahren überwinden, Strapazen tragen, mit Gewehr und Kanone umgehen. Dred und Staub als ständigen Genossen haben, in einer fremden Beschäftigung leben — das ändert Art, Sinn und Auftreten. Nicht fremder, nicht rauher, nicht herrischer sind sie geworden; einzelne mögen so zurückkommen; aber das war nie notwendig. Nein, die meisten werden doppelt sich nach Liebe sehnen, nach Behaglichkeit, nach Ausruhen, nach vollem Verstandensein. Aber anders werden sie alle sein. Darum dürft ihr zuhause sie nicht behandeln, als wären sie gestern erst weggegangen und kümmernten sich jetzt gleich um Miete und Butterpreis, um Schulaufgaben ihrer Kinder, und um das Kleid, das sich die Nachbarin angeschafft. Unsere Welt des Alltags werden sie gern wieder teilen; aber

man soll ihnen Ruhe lassen! Sie müssen sich wieder zurechtfinden. Dazu gehört Rücksicht, Verständnis. Die Heimkehrer wollen auch nicht geplagt und überfallen werden und nicht nur neugierig ausgefragt sein. Sie wollen ihr Heim wieder finden als den höchsten Preis, um den sie gekämpft. Darum muß ein goldener Schein drin leuchten, der nicht mit Kleinigkeiten sofort verhängt wird. Nicht müssen wir sein, heitres, großes Licht.

Die Frau aber, die euch zuhause erwartet, ist auch anders geworden. Auch sie mußte anders werden. Sie stand auf eigenen Füßen. Selbständig mußte sie fertig werden mit sich und ihren Kindern, mit Haushalt, Not, und vielen Dingen. Sie hat sich's abgewöhnt, bei allem zuerst zu fragen, darf ich das? Handeln und entscheiden war ihre Pflicht und sie hat es gelernt. Fragen, die sonst nie an sie selbst herangetreten waren, mußte sie selbständig beantworten; „er“ war ja nicht da. Sie stand an der Windseite des Lebens, wo sonst der Mann den ersten Sturm auffing. Sie ist nicht fremder geworden, nicht rauher, nicht herrischer; einige mögen so geworden sein, aber notwendig war das nicht. Wohl aber wurde sie anders. Ihre Haltung wechselte. Sie stand am Kaminofen oder trug Briefe aus, sie frug auf der Elektrischen und grub im Graben; überall da, wo „er“ bisher war, griff sie zu und so wuchs sie mit ihrer ungewohnten Arbeit. Auch diese Frauen sehnen sich wieder aus vollem Herzen nach der Heimat, nach traurem Zusammenleben, nach der früheren Arbeitsteilung im Hause. Auch sie sind glücklich, wenn es wieder wird, wie „ein“! Nur verdient sie ebenso zarte Rücksicht und volles Verständnis. Sie hat mit ihrem Mann ihr Heim verteidigt, auch wo es nicht leicht war. Das will anerkannt werden nicht mit Vorprüfungen, noch weniger mit Ökonomie, sondern mit voller Ehrlichkeit.

So schuf der Krieg wirkliche Kameraden, die ihre Kammer herzlich gerne miteinander teilen, von denen aber beide aus neuen Lebens Becher tranken auf andere, als bisher gewohnte Art. In des Herzens Grund sind beide gleich gebildet. Aber beide wuchsen. Sie blieben die „Alten“ und wurden doch wieder jung. Das sind fröhliche Ueberraschungen. Ja, in ihnen ruht das höchste Glück, das einer neuen großen Zukunft. Nur sehe jeder den andern an mit gütigem, folgen und dankbarem Auge. Dann, dann deutsche Heimat Hurra! Dann fällt sich das Leben wieder mit gemeinamer Kraft und verstehender Liebe. Ach Gott! Laßt nur den Frieden kommen. Dann wird das alles von selbst sich finden und, was die Not auseinanderriß, findet sich zehnfach traulich nach überstandener Gefahr zusammen. Der Krieg hat nicht gerüttelt an dem deutschen Haus. Fester und wertvoller nur hat er es gemacht. Wir wissen jetzt erst recht, was wir an der Heimat haben. Und die größte Ueberraschung war die: daß es im Vaterland weit herrlicher aussieht, als man sich das vorher träumen ließ. So freut sich jedermann, bis diese Heimat Mann und Frau wieder zusammenbindet. Stolz klingt der wehrhafte Ruf von Deutschland zu allen Feinden über Land und Meer: „Mein Haus — meine Burg!“

\*) Eiserne Blätter von D. Traub. Diese Blätter sind zu beziehen durch D. Traub, Dortmund, Bismarckstraße 48. Uebernahme für den Kriegsliebesdienst bestimmt.

fertiger Herrenkleidung, militärischer wie anderer. Man beziffert den jährlich hieraus gezogenen Gewinn auf 100 Millionen Franken. Unweit davon, in Armentières, ist das feine französische Leinen zu Hause. Armentières ist aber nur der Mittelpunkt verschiedener kleinerer Plätze, deren Spezialität feines Kleider- und Hauswollleinen ist und deren etwa 50 Fabriken jährlich Milliarden umsetzen. 15 Millionen davon betrug allein die jährliche Ausfuhr nach Amerika aus diesem Städtchen von 30000 Einwohnern. Die Begriffe Cambrai und Cambrie sind heute schon identisch geworden. Diese Stadt liefert die feinen Battisttaschentücher, die nur in England den anglistischen Namen "Cambrie", bei uns aber den Namen ihres Erfinders im 15. Jahrhundert Baptiste Battist tragen. Es ist der Name eines Heiligen und im Namen dieses Heiligen ist diese französische Industrie reich geworden. In St. Quentin fanden wir bedeutende Baumwollvorräte; ist es doch einer der bedeutendsten Baumwollproduktionsplätze des Landes. Die Fabrikation in Calais ist schließlich auch dem Kriege zum Opfer gefallen; denn hier mußten die mächtigen Fabrikanlagen größtenteils den militärischen Anlagen und Bedürfnissen weichen, und die großen Spinnfabriken der Stadt sind in die Verteidigungslinie gerückt. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten allein betrug jährlich 4 Millionen Dollar. Ebenfalls nahe der Kriegszone, wenn auch noch günstiger, ist Amiens gelegen, Frankreichs Velour- und Belbet-Viererant.

### Aus dem Verhandlungsgebiete

#### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Blombacherbach.** Eine reichhaltige Tagesordnung wies unsere am 5. Febr. stattgefundene außerordentliche Generalversammlung auf. Sie lautete: 1. Verhältnisse in der Ortsgruppe und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag des Kollegen Arbeitersekretär Büchtemann über Kriegsbeschädigtenfürsorge. 4. Vortrag von Kollege Länger über Kriegerheimstättenbewegung. — Zum ersten Punkt teilte der Vorsitzende Kollege Becker mit, daß bis jetzt aus unserer Ortsgruppe 51 Mitglieder zum Militär eingezogen wurden. Hierdurch erwuchs dem Vorstände mancherlei Arbeit, was wohl jedem ohne weiteres einleuchtet, wenn er bedenkt, daß der Vorstand trotzdem bemüht war, möglichst mit jedem Mitgliede die Verbindung aufrechtzuerhalten. Aus dem Grunde ist es auch sehr erwünscht, daß die eingezogenen Mitglieder resp. deren Angehörige von jeder eintretenden Absenzenveränderung sofort dem Vorstände Mitteilung machen. — Der jodann vom Kassierer erstattete Kassenbericht bewies den in Anbetracht der Zeitverhältnisse günstigen Stand unserer Finanzen. Es konnten an die Kassenkasse abgeführt werden 1327,48 M., unsere Ortsgruppenkasse weist noch einen Bestand von 104,20 M. auf, während unsere Lokal-Zuschußkasse sogar noch 484,75 M. aufweist, trotz mannigfacher Ausgaben. Nach dem Bericht der Revisoren, die die Kasse in Ordnung befunden hatten, erteilte der Vorsitzende unter allgemeiner Zustimmung unserem verdienten Kassierer Entlassung und Anerkennung. — In der folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Becker als Vorsitzender wieder- und Kollege Länger als Schriftführer neu gewählt. Desgleichen behielt unser Vorsitzender seinen bisherigen Posten als Vertrauensmann für den Bezirk Elberfeld. — Der Arbeitervereinssekretär Kollege Büchtemann aus Warmen erhielt dann das Wort zu seinem Berichte über Kriegsbeschädigtenfürsorge. Selbiger erörterte dieses Problem nach verschiedenen Seiten hin, insbesondere behandelte er die Frage, ob die Kriegsbeschädigten wieder als vollwertige Standesarbeiter in unseren Beruf eingegliedert seien, was der Referent bejahte. Er gab dem Wünsche Ausdruck, daß es in weitgehendem Maße möglich werde, die kriegsbeschädigten Kollegen wiederherzustellen, um sie ihrem früheren Berufe als vollwertige Glieder wieder zuführen zu können. Dann ging der Vortragende auf das Rentenwesen ein. Er wußte den Anwesenden die Wichtigkeit dieser Sache für den Arbeiterstand ans Herz zu legen. Der Vorsitzende gab dem allgemeinen Beifall durch anerkennende Worte des Dankes Ausdruck und stellte den Vortrag zur Diskussion, die sehr anregend verlief. — Nachfolgend berichtete jodann Kollege Länger über die Versammlung in Warmen betr. Kriegerheimstättenbewegung. Die Wichtigkeit dieser Bewegung und die Notwendigkeit einer Vervollständigung des bestehenden Bodenrechtes werden geradezu durch den gegenwärtigen Weltkrieg so recht beleuchtet. — Auch dieser Vortrag löste eine rege Debatte aus. Der Vorsitzende dankte dem Referenten und betonte in Anbetracht der Wichtigkeit unserer Organisation zur Durchführung all des Gehörten. — Nachdem noch die Frage der Kriegsversicherung unserer Betriebsmitglieder erörtert war, wurde die Versammlung geschlossen.

**NB.** Die kriegsbeschädigten Mitglieder haben beim Ortsgruppenvorstand jederzeit Rat und Hilfe. — Zahlreicher Beifall der am ersten Sonntag im März im Lokale Witwe Schneider in Laaten stattfindenden Mitgliederversammlung ist unbedingt nötig.

**Düren.** Unsere Jahresgeneralversammlung am Freitag den 11. Februar, erregte sich eines guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Zimmermann, der 16 im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder, wovon 6 auf dem Felde der Ehre gefallen sind. In üblicher Weise ehrten die Versammelten das Andenken der Toten. Nach Belesung des Protokolls der letztjährigen Generalversammlung durch den Kollegen Wilh. Dammers, erstattete der Kollege Sobing den Kassenbericht des vierten Quartals sowie den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des ganzen Jahres. Den Bericht über die Krankengeldzuschußkasse gab der Kollege Winand Dammers. Unser Lokalbeamter gab alsdann einen Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr. Während der Geschäftsabgang in allen Abteilungen der weitverbreiteten Dürener Textilindustrie zu Anfang des vergangenen Jahres ein normaler, in der Tuchindustrie sogar ein sehr guter war, fand die Geschäftslage um die Jahresmitte auf das normale Maß, um dann langsam eine fühlende Tendenz anzunehmen. Die Arbeiterzahl ist um mindestens 1500 gegenüber normalen Zeiten zurückgegangen. Die alteingesessene Tuchindustrie hatte fast ausschließlich Aufträge der Militärverwaltung. Die ausgedehnte Fälschindustrie, die vielfach auf die Aufträge des Auslandes angewiesen war, hat sich mit der Herstellung von Decken umgeben müssen. Gegen Lieferung des Rohmaterials werden gegenwärtig noch Aufträge für Holland erledigt. Die Teppichfabrikation ist in vielen Teilen als Luxusindustrie anzupreisen, daher ist ein minder guter Geschäftsgang dieser Industrie zu erwarten. In mehreren Betrieben und Lohnverträgen hergestellt, was viele tech-

nische Veränderungen an den Stühlen voraussetzt. In der zweiten Hälfte des Jahres wurde eine Anzahl Stühle entfernt und an deren Stelle Drehbänke gestellt, zur Herstellung von Granaten. Einen normalen Geschäftsgang hatte die ausgedehnte Flachspinnerei, deren Arbeiterzahl verringerte sich um ungefähr 160, auch sind die Aussichten keine schlechten. Die Baumwollspinnerei in Düren-Röttchen leidet wie alle übrigen unter der Kriegslage. Die Frage der Feuerungszulage wurde in fast allen Betrieben gemeinsam mit den Ausschüssen besprochen und diesbezügliche Eingaben gemacht. In einigen Firmen sind ganz ansehnliche Erfolge zu verzeichnen. Abnehmend verhielt sich, trotz verschiedener Eingaben, die Firma Drämann-Beil in Birkesdorf. Den Kollegen wäre eine solche bei den schwierigen Verhältnissen wohl zu wünschen gewesen. Auch geht unsere Auffassung dahin, daß das, was bei der einen Firma möglich ist, bei der anderen nicht unmöglich sein soll. — Die Erwerblosenfürsorge in der Textilindustrie fand eine eingehende Würdigung in den nachfolgenden Ausführungen unseres Bezirksleiters Weber-Nachen. Eingangs klagte Redner ein Bild der Bestrebungen unserer Feinde, und von jeder Zufuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln abzuschneiden. Die nachteiligen Folgen dieses Vorgehens konnten nicht ausbleiben. Daher ist es erfreulich, daß die Regierung auf Veranlassung unserer Vertreter Maßnahmen zur Unterstützung erwerbsloser Textilarbeiter in die Wege geleitet habe. Das Nachener System, welches auch in Düren die Zustimmung maßgebender Kreise gefunden hat, wurde von demselben eingehend erläutert. Seine Ausführungen gipfelten in dem Appell, durchzuhalten bis zu einem guten Ende. Treue dem Verband auch in der schweren Zeit des Krieges, damit wir später noch stark dastehen. — Eine Aussprache über das Gesagte fand nicht statt. Mit einem warmen Appell, das Gehörte zu beherzigen und in altbewährter Treue zusammenzufassen, schloß Kollege Zimmermann die anregend verlaufene Versammlung.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

**Aus der Geschichte der Gewerbegerichte.** Zum 75 jährigen Bestehen des Warming Gewerbegerichtes, hat der Vorsitzende des Sekretariates Herr Ernst Saalhorn im Auftrage des Vorsitzenden eine Denkschrift herausgegeben, der wir nachstehende interessante Angaben entnehmen:

Die Gewerbegerichte sind, wie die Denkschrift ausführt, eine aus der Zeit der Fremdherrschaft herrührende, von der preussischen Regierung übernommene und geförderte Einrichtung. Die ersten Gewerbegerichte sind unter der Bezeichnung „conseils de prud'hommes“ (Rat der Gewerbeverständigen) 1806 in Frankreich ins Leben gerufen. Nachdem in den Jahren 1809 und 1810 das französische Gesetz einige ergänzende Bestimmungen erhalten hatte, wurden diese in ihren Grundzügen in das Dekret betr. die Fabrikengerichte im Großherzogtum Berg vom 17. Dezember 1811 übernommen. Auf Antrag mehrerer Kaufleute von Warming wurde auf das begründete Gutachten der gemeinsamen Handelskammer von Elberfeld und Warming durch Regulator vom 31. Oktober 1840 das Fabrikengericht zu Warming errichtet. Die Wirksamkeit desselben erstreckte sich auf alle in der Gemeinde Warming ansässigen Fabrikanten und Handwerker, sowie auf die von diesen beschäftigten Aufseher, Arbeiter und Lehrlinge. Das Fabrikengericht zu Warming bestand aus 9 Mitgliedern. Von diesen mußten 5 dem Stande der Fabrikanten und 4 dem Stande der Werkmeister, Fabrikanten, gewerbesteuerpflichtigen Fabrikarbeiter, Färber, Drucker und Handwerker angehören. In gleicher Weise waren 9 Stellvertreter zu wählen. Die Wahl unterlag der Bestätigung der Regierung zu Düsseldorf. Am 29. März 1841 erfolgte die erste Wahl der Mitglieder des Gerichts; zum Präsidenten wurde Herr J. P. Roth und zum Vizepräsidenten Herr Heinrich de Hartz gewählt. Als Tag der Eröffnung des Fabrikengerichts wurde der 15. Mai 1841 bestimmt. Auf Grundlage des Dekrets vom 17. Dezember 1811 wurden in der Rheinprovinz im Jahre 1841 in Elberfeld, Lemmer, Solingen, im Jahre 1843 in Remscheid und im Jahre 1844 in Düsseldorf Fabrikengerichte ins Leben gerufen. Durch königliche Verordnung vom 7. August 1846 wurde den sämtlichen Fabrikengerichten in der Rheinprovinz die Bezeichnung „Königliches Gewerbegericht“ beigelegt und ihre Zuständigkeit auf die Heimindustrie ausgedehnt. Der Wirkungsbereich des Königl. Gewerbegerichts zu Warming wurde damit erheblich erweitert; denn in der hier vorherrschenden Textilindustrie war schon damals die Hausarbeit stark vertreten. Die Gewerbegerichte in der Rheinprovinz entfalteten eine derart ausgedehnte und erprobte Tätigkeit, daß in beteiligten Kreisen wiederholt Wünsche auf Übertragung dieser Einrichtung in die anderen preussischen Provinzen laut wurden. Die dem Verlangen wurde 1849 entsprochen, die in einzelnen Städten errichteten Gewerbegerichte brachten aber nicht den gewünschten Erfolg, sie sind teils überhaupt nicht in Tätigkeit getreten, teils wegen ungenügender Beschäftigung eingegangen. Das am 1. Oktober 1879 in Kraft getretene Gerichtsverfassungsgesetz hat die Gewerbegerichte als Sondergerichte zugelassen. Durch Gesetz vom 18. Juli 1881 wurde die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und deren Lehrlingen den Innungen übertragen und denselben die Befugnis eingeräumt, Innungsschiedsgerichte zu bilden. Diese Beschränkung des Zuständigkeitsbereiches der Gewerbegerichte ist trotz der vielfachen Bestrebungen auf Einführung einheitlich gestalteter Gewerbegerichte auch durch das Gesetz betr. die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890 nicht beseitigt worden. Dieses Gesetz erweiterte den Wirkungsbereich der Gewerbegerichte dahin, daß sie bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern als Einigungsamt angerufen werden können, daß sie ferner auf Ansuchen von Einzel- oder Gemeindebehörden Gutachten über gewerbliche Fragen erstatten müssen und daß sie berechtigt sind, in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden und die gesetzgebenden Körperschaften zu stellen. Nach dem neuen Gesetz mußte die Befugnis des Gerichts je zur Hälfte aus Arbeitgebern

und Arbeitnehmern bestehen. In Ausführung des Reichsgesetzes erging dann das preussische Gesetz betr. die königlichen Gewerbegerichte in der Rheinprovinz vom 11. Juli 1891, das am 1. April 1892 in Kraft trat. Unter dem 21. Februar 1892 wurde für das Königl. Gewerbegericht zu Warming ein neues Regulator erlassen, das am 30. Juni 1901 durch ein neues Regulator ersetzt wurde. 1911 erfolgte für die Beisitzerwahlen die Einführung der Verhältniswahl mit gebundenen Listen. Nach den der Denkschrift beigelegten Geschäftsübersichten sind von den in den Jahren 1864 bis 1899 anhängig gewordenen 19727 Klagen 77 Prozent und von den während der Jahre 1900 bis 1914 erhobenen 11989 Klagen 82 Prozent durch Vergleich geschlichtet. Außerdem wurden von 1908 bis 1914 durch Vermittlung der Gerichtsschreiberei 2261 Streitfälle außergerichtlich beigelegt. Daß das Gericht auch dem Grundsatze einer schnellen Rechtssprechung nach Möglichkeit Rechnung getragen hat, geht daraus hervor, daß von den Klagen aus den Jahren 1900 bis 1914 fast 46 Prozent in weniger als einer Woche und 27 Prozent in weniger als zwei Wochen ihre Erledigung fanden. — Möge das Gericht auch weiterhin durch gegenseitige Gemeinarbeit der Richter in verständlicher und gerechter Weise dienstbar und nützlich sein zum Schutze der Rechtssuchenden, zum Wohle der Allgemeinheit und zur Förderung des gewerblichen Friedens.

### Ehren-Tafel.



#### Es starben den Heldentod fürs Vaterland

- Richard Buder aus Forst i. L.
  - Heinrich Jansen aus Oedt.
  - Jakob Thissen aus Lobberich.
  - Heinrich Neynens aus Boisheim.
  - Gottfried Bierbaum aus Hermges-Dahl.
- Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten  
Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

### Bilanz

der Konsum-Gesellschaft „Eintracht“ e. G. m. b. H. Süls für das Geschäftsjahr 1915 vom 1. Januar bis 31. Dezember

Artiva.	Passiva.
Kassenbestand am 31. Dezember . . . . . 5980,24	Guthaben der Mitglieder . . . . . 11347,62
Sparkasten-Guthaben . . . . . 590,17	Reserven . . . . . 8986,80
Guthaben bei der Groß-Einkaufs-Zentrale . . . . . 1000,—	Warenschulden . . . . . —
Kriegsanleihe . . . . . 975,—	Synthesel . . . . . 6900,—
Warenbestand . . . . . 14601,15	Rufen . . . . . 193,50
Immobilien . . . . . 9500,—	Kautions . . . . . 100,—
Utenilien . . . . . 280,—	Umfosten . . . . . 400,—
Rückstände . . . . . 2400,—	Wabatt . . . . . 6756,56
	Gewinn . . . . . 603,56
	35 286,56

Mitgliederzahl am 1. Januar 1915 . . . . . 389	Zugang im Jahre 1915 . . . . . 15
Abgang im Jahre 1915 durch Tod . . . . . 6	Abgang im Jahre 1915 durch Aufhebung und Verzug . . . . . 3
Mitgliederzahl am 1. Januar 1916 . . . . . 390	
Gastsumme am 1. Januar 1916 . . . . . 11700 M.	
<b>Der Vorstand:</b>	<b>Der Aufsichtsrat:</b>
Wilh. van Gerben.	J. B.
Wilh. Gräterz.	Wilh. Seitzes, Vorsitzender.
Joh. Gabels.	(5,80 M.)

### Versammlungskalender.

- Warming. 12. März, 6 Uhr, im Lokale von Lamb. Brach, Generalversammlung.
- Saalen-Blombacherbach. 4. März, 1/8 Uhr, im Lokale Witwe Edmund Schneider, Laaten.
- Blombacherbach. 5. März, gleich nach dem Hochamt, im Lokale Cornet. Gerff, Generalversammlung.

### Inhaltsverzeichnis.

**Artikel:** Winte für Kriegsbeschädigte. — Fragen der Volksernährung im preussischen Abgeordnetenhause. — Feuilleton: Du und ich. — Ueberrassungen. — Allgemeine Rundschau: Tarifverhandlungen. — Die Herabsetzung der Altersgrenze. — Vaterländischer Gemeininn. — Regelung der Schweinefleischpreise. — Die Preise für Verbrauchswaren. — Kriegswollspinnerei. — Aus unserer Industrie: Gesellschaftliche Einführung des metrischen Garnmaßes in Oesterreich-Ungarn. — Papiergarne. — Von der französischen Textilindustrie. — **Aus dem Verhandlungsgebiete:** Berichte aus den Ortsgruppen: Blombacherbach. — Düren. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Aus der Geschichte der Gewerbegerichte. — Ehren-Tafel. — Bilanz. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung J. B.: Franz Fischer, Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7.